

Götz, Roland

Research Report

Wird Deutschland "Energiedrehscheibe" für Russlands Erdgas? Gasproms Kehrtwendung beim Schtokman-Gasfeld und die deutsch-russischen Beziehungen

SWP-Aktuell, No. 49/2006

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Götz, Roland (2006) : Wird Deutschland "Energiedrehscheibe" für Russlands Erdgas? Gasproms Kehrtwendung beim Schtokman-Gasfeld und die deutsch-russischen Beziehungen, SWP-Aktuell, No. 49/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wird Deutschland »Energiedrehscheibe« für Russlands Erdgas?

Gasproms Kehrtwendung beim Shtokman-Gasfeld und die
deutsch-russischen Energiebeziehungen

Roland Götz

Anfang Oktober 2006 teilte die russische Gasprom mit, dass sie die technologisch anspruchsvolle Erschließung des Shtokman-Gasfelds in der Barentssee ohne westliche Teilhaber realisieren möchte. Statt dort – wie bisher vorgesehen – Flüssiggas für den Transport in die USA zu erzeugen, soll nun von Shtokman aus zunächst die Ostseepipeline über Land mit Erdgas gespeist werden. Der Kreml bietet Deutschland in diesem Kontext die Funktion einer »Energiedrehscheibe« an. Diese Funktion übt die Bundesrepublik jedoch bereits aus. Denn schon jetzt wird russisches Erdgas über ihr Territorium geleitet. Durch die von Gasprom zu Shtokman getroffenen Entscheidungen verändert sich die Situation für Deutschland mithin nicht. Die russischen Avancen setzen Deutschland allerdings einem erhöhten Druck zur Rechtfertigung gegenüber europäischen Nachbarn aus, die eine zu enge deutsch-russische Energieallianz fürchten.

Das Erdgasfeld Shtokman (benannt nach einem sowjetischen Geophysiker) war 1988 in der Barentssee entdeckt worden. Es liegt 600 km nordöstlich der Kola-Halbinsel bei 350 m Wassertiefe 2000 m unter dem Meeresboden. Es gehört zu den weltgrößten noch nicht erschlossenen Erdgasfeldern und könnte nach einer gewissen Anlaufzeit für einige Jahrzehnte die Förderung von jährlich bis zu 100 Mrd. m³ Gas erlauben. Auf ihm und den Feldern der Jamal-Halbinsel ruhen die Zukunftshoffnungen der russischen Erdgasproduktion.

Zunächst bestand die Absicht, zum Transport des Shtokman-Gases eine Land-

pipeline durch Karelien bis zur Ostsee zu bauen, die dann in eine Unterwasserleitung einmünden sollte – dies war die Geburtsstunde des Projekts einer »Ostseegaspipeline«. Als Gasprom in den neunziger Jahren auf das sich entwickelnde Flüssiggasgeschäft aufmerksam wurde, änderte der Konzern seine Pläne: Von Shtokman sollte nun in erster Linie Flüssiggas (*Liquefied Natural Gas*, LNG) in die USA transportiert werden. Allerdings behielt man sich den Bau einer Landpipeline Richtung Ostsee vor.

Die Lizenz zur Ausbeutung des Shtokman-Felds liegt bei der Gasprom/Rosneft-

Karte
Russische Gaspipelines nach Westen



Quelle und Copyright: Roland Götz/SWP.

Tochtergesellschaft Sevmorneftegas. Im April 2000 hatte die russische Duma ein vorläufiges Abkommen zur Erschließung des Shtokman-Vorkommens gebilligt, das zwischen den Präsidenten Putin und Clinton vereinbart worden war. Demnach sollte Shtokman im Rahmen eines Produktionsteilungsabkommens (*Production sharing agreement, PSA*) ausgebeutet werden. Bei dieser Art von Abkommen wird die Fördermenge bzw. der Gewinn nach einem festen Schlüssel zwischen dem Staat und den par-

tizierenden Unternehmen aufgeteilt, ohne dass Steuern anfallen. Zuvor werden den Teilhabern ihre Investitionskosten in voller Höhe erstattet. Gasprom sollte 51% und die westlichen Unternehmen sollten zusammen 49% der Anteile an dem zu bildenden Konsortium besitzen.

Um vom technologischen Vorsprung westlicher Unternehmen zu profitieren, hatte Gasprom nach jahrelangem Hin und Her im September 2005 die US-Firmen Chevron und ConocoPhillips, die franzö-

sische Total sowie die norwegischen Unternehmen Norsk Hydro und Statoil als mögliche Konsortialpartner benannt, unter denen 2006 eine Endauswahl stattfinden sollte. Wegen der Eisberggefahr ist im Falle Shtokmans eine Unterwasser-Förderanlage wie in den norwegischen Offshore-Erdgasfeldern Ormen Lange (Norsk Hydro) bzw. Snøhvit (Statoil) die sicherste Option. Die beiden norwegischen Firmen konnten sich daher gute Chancen für einen Zuschlag ausrechnen. Aber auch die US-Firmen setzten große Hoffnungen in das 40 Mrd. US-Dollar schwere Projekt, das für den expandierenden amerikanischen LNG-Markt von enormer Bedeutung wäre.

Gasproms Alleingang

Anfang Oktober 2006 teilten Gasprom sowie der russische Präsident Putin überraschend mit, dass Gasprom für Shtokman kein Konsortium mit westlichen Firmen mehr anstrebe. Gasprom wolle westliche Partner nur noch als Subunternehmer und Technologielieferanten einbeziehen. Grund sei, dass die in die engere Wahl gezogenen Konsortialpartner keine ausreichenden Gegenleistungen in Form von Anteilen an ihren eigenen Förderprojekten und Leitungsnetzen angeboten hätten. Bei der Absage an die Konsortiallösung könnten allerdings auch die Erfahrungen mit dem PSA-Projekt »Sachalin II« eine Rolle gespielt haben. Dort hatten sich die Entwicklungskosten von 10 auf 20 Mrd. US-Dollar verdoppelt, wodurch sich der Zeitpunkt, zu dem der russische Staat an den Erträgen beteiligt wird, gegenüber den Planungen um Jahre hinauszögert.

Der Konsortiallösung wurde eine Absage erteilt, nachdem die siebte, von Norsk Hydro durchgeführte Probebohrung auf Gasreserven von über 4 Billionen m³ schließen ließ. Bis dahin war man von nur 3,2 bis 3,7 Billionen m³ ausgegangen. Dies könnte Gasprom ebenfalls motiviert haben, das nunmehr als wertvoller eingeschätzte Vorkommen nicht im Wege eines PSA teilweise aus der Hand zu geben.

Verzögerte Förderaufnahme?

Sollte Gasprom wirklich beabsichtigen, Shtokman im Alleingang zu entwickeln, wird die Kooperation mit den erfahrenen amerikanischen und norwegischen Unternehmen naturgemäß weniger intensiv sein als im Falle einer Konsortiallösung. Die Aufnahme der Erdgasförderung, die für 2010 geplant war und neuerdings auf 2013 angesetzt ist, könnte sich um weitere Jahre verzögern. Zudem ist fraglich, ob Gasprom über die finanziellen, technologischen und personellen Ressourcen verfügt, um das Shtokmanvorhaben voranzutreiben. Denn neben der ebenfalls technologisch anspruchsvollen und teuren Erschließung der Gasfelder auf der Jamal-Halbinsel hat sich Gasprom weitere Großprojekte wie den Bau der Ostseepipeline und der Altai-Pipeline von Westsibirien nach China vorgenommen. Vor diesem Hintergrund ist sogar eine Verschiebung des Shtokman-Projekts auf einen unbestimmten Zeitpunkt denkbar. Für die Versorgung Europas mit russischem Erdgas hätte dies keine größeren Auswirkungen, wenn die Jamal-Halbinsel dadurch in kürzerer Frist erschlossen werden kann.

Shtokman und die Ostseepipeline

Die Ostseegaspipeline (bislang »Nordeuropäische Gaspipeline«, seit Oktober 2006 in »Nord Stream« umbenannt) soll 2010 in Betrieb gehen und aus dem mittelgroßen westsibirischen Gasfeld »Juschno-Russkoje« (»Südruussisches« Feld) gespeist werden, an dem E.ON und Wintershall beteiligt sind. Im Zusammenhang mit Gasproms Absage an die Konsortiallösung hatte Präsident Putin bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Chirac Anfang Oktober mitgeteilt, dass das Erdgas von Shtokman per Landpipeline nach Deutschland geleitet werden solle. In ihrer ersten Ausbaustufe (ein Leitungsstrang mit einer Kapazität von 27,5 Mrd. m³) wird die Ostseepipeline jedoch erst einmal nur mit westsibirischem Gas gespeist. Ob und wann sie Erdgas aus dem Shtokman-Vorkommen transportieren wird, hängt von Gasproms

künftigen Plänen für LNG-Lieferungen nach Europa und/oder die USA ab. Denkbar ist, dass die Realisierung der zweiten Ausbaustufe (weitere 27,5 Mrd. m³ Jahreskapazität) mit dem Beginn der Förderung von Schtokman-Gas koordiniert wird. Allerdings muss dann eine weitere 1400 km lange Landpipeline von Teriberka bei Murmansk bis zur Ostseepipeline gebaut werden. Dass sie bis 2013 – dem geplanten Jahr der Eröffnung des zweiten Strangs der Ostseepipeline – vollendet wird, darf bezweifelt werden.

Energiedrehscheibe Deutschland?

Anlässlich der Neuausrichtung des Schtokman-Projekts auf die Versorgung der Ostseepipeline hat Putin Deutschland die Funktion eines »Verteilungszentrums« für russisches Gas angeboten (siehe das Interview mit ihm in der *Süddeutschen Zeitung* vom 10. Oktober 2006). In dieser Funktion hätte es das von Gasprom geförderte und transportierte Gas weiterzuleiten. Eine solche »Energiedrehscheibe« ist Deutschland allerdings schon. Zwei der drei großen Erdgasfernleitungen aus Russland verlaufen durch Deutschland: Richtung Niederlande/Großbritannien führt die »Jamal-Europa«-Pipeline, Richtung Frankreich die »Bruderschaft«-Pipeline. Die dritte verläuft durch Österreich Richtung Italien. Die Ostseepipeline, die vierte große Gasexporttrasse aus Russland Richtung Europa, wird zur Hälfte den deutschen und darüber hinaus vor allem den britischen Markt versorgen.

Gasproms jüngste Entscheidungen zu Schtokman schaffen keine neue Lage. Umgekehrt bleibt Deutschlands Funktion als »Energiedrehscheibe« mit Blick auf die Ostseepipeline prekär, weil diese das relative ökonomische und politische Gewicht der Transitländer Belarus/Polen und Ukraine schmälert und Gasproms Machtstellung ihnen gegenüber stärkt. (Siehe dazu Roland Götz, *Die Ostseegaspipeline. Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?*, Berlin: SWP, September 2005 [SWP-Aktuell 41/05], <www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1391>.)

Fazit

Die Absage Russlands an die Konsortiallösung bedeutet vor allem einen Rückschlag für die amerikanischen Konzerne Chevron und ConocoPhillips, die nun damit rechnen müssen, von der weiteren Entwicklung des Vorkommens ausgeschlossen zu werden.

Gasprom gewinnt Spielraum für seine unternehmenspolitischen Entscheidungen: Es kann die Erschließung von Schtokman so lange hinauszögern, bis es finanziell, personell und technologisch für diese Aufgabe gerüstet ist. Mit seiner Ablehnung ausländischer Teilhaber an Russlands »strategischen« Energievorkommen profiliert sich der Konzern zudem als Verteidiger nationaler russischer Energieinteressen.

Ob die russische Politik von Gasproms unternehmerisch motivierten Entscheidungen profitiert hat, ist fraglich. Zwar wurde implizit gegenüber den USA demonstriert, dass dem Kreml Mittel zur Verfügung stehen, um auf den von den USA verzögerten Beitritt zur WTO bzw. auf US-Sanktionen gegen den Flugzeughersteller Suchoi und den Rüstungskonzern Rosoboronexport zu reagieren, denen Handelsbeziehungen zum Iran vorgeworfen werden. Jedoch könnte die brüske Desavouierung der westlichen Unternehmen, wie zuvor schon das Verhalten des Kreml im Gasstreit mit der Ukraine, dem Image Russlands als verlässlichem Partner in Energiefragen Schaden zufügen.

Wie schon bei der Ostseepipeline hat die Bundesrepublik die Aufgabe, Argwohn zu zerstreuen, der Deutschland auf dem Energiegebiet einen »Sonderweg« im Verhältnis zu Russland beschreiten sieht. Dies könnte etwa dadurch geschehen, dass die Bundesregierung im Rahmen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft ihr Interesse an einer effizienten, umweltfreundlichen und liberalisierten russischen Energiewirtschaft betont – ein Interesse, das sie mit den anderen europäischen Partnern teilt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364